

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

Amtsblatt der

Stadt Braubach

Bezugspreis

monatlich 80 Pfennig,

durch die Post bezogen vierteljährlich 2,40 Mark,

von denselben hat das Haus geliefert 2,82 M.

Kreisverwaltung des Odenkreises

Verantwortlicher Redakteur: H. S. m. b.

Verlagsstelle: Braubach Nr. 18.

Redaktionsbüro

Druckerei

10 Uhr vormittags

Nr. 80.

Postfach Nr. 7000 Braubach

Druk und Verlag der Buchdruckerei von H. S. m. b. in Braubach

Gratisbeilagen

Jährlich postmal Jahrbuch und einmal Kalender.



Nr. 279

Braubach a. Rh., Freitag, den 29. November 1918

28. Jahrgang.

Harle Herzen.

Mit brennendem Beh im Herzen liebt jeder gute Mensch die schmachvollen Verichte unserer Waffenstillstands-Kommission über das Verhalten der Franzosen seit der Einstellung der Feindseligkeiten. Nicht nur, daß sie mit unerbittlicher Grausamkeit auf der Durchführung von Bedingungen bestehen, die auch beim besten Willen nicht innerhalb der unglaublich kurz bemessenen Fristen, die man vorgeschrieben hat, erfüllt werden können; sie warten einmal in allen Fällen den festgesetzten Zeitpunkt ab, um sich Rechte anzumessen, die ihnen nur bei Versäumnis der vereinbarten Fristen zufallen würden. So haben sie verschiedene deutsche Truppenkörper gefangen genommen zu der Stunde, da diese noch mit Flug und Recht in den zum umgehenden Ortschaften verweilten, darunter auch gerade diejenige Abteilung, die mit dem rechtzeitigen Abtransport der Mannschaften und Material beauftragt war. Unsere Hilfsmittel in Spaa protestieren natürlich, aber dagegen haben sie nicht alles schon protestieren müssen, da alle ihre Vorstellungen sich einwirkungslos verhalten. Auch das Hoch leibt jede Widerlegung der Bedingungen. Er gibt sich nicht einmal die Mühe, sein Nein zu erklären, und als seinem Vertreter General Rudant nachher noch einmal an der Hand der Karte und der Angabe von Zahlen die technische Undurchführbarkeit der Aufgabe nachgewiesen wurde, eine Armee von über 8 Millionen Mann in der festgesetzten Frist den schlechten und engen Straßen über die wenigen Ausgänge zurückzuführen, gab er lediglich zur Antwort, daß er derzeitige Mittelungen in Zukunft nicht mehr zuzunehmen wünsche. Die Schwierigkeiten seien bekannt, aber die Fristen seien unabänderlich, die sei nun einmal so und nicht anders. Deutschland habe die Bedingungen angenommen; wenn es dies nicht hätte, wäre seine Lage nicht besser. Auch in den Unterkommissionen dasselbe Bild: Unmöglichkeit bis in äußerster auf französischer Seite, so sehr ihnen nachgewiesen wird, daß einfach Unmögliches von uns verlangt wird. Marschall Foch sucht immer seinen Triumph darin, die uns aufzunehmenden Bedingungen auf das Schärfste zu seinen Gunsten auslegen und mit größter Strenge durchzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob Tausende, vielleicht Hunderttausende auf dem Rückzug vor Erschöpfung am Boden umkommen oder in Gefangenschaft geraten. Auch unser ganzes Transport- und Ernährungsweisen zusammenbricht, ob Hungersnot und Arbeitslosigkeit zu wirtschaftlichen und politischen Katastrophen führen, scheint unser erbarmungslosen Franzosen gleichgültig zu sein — sie kommen vor Begierde, ihr Mächtig an uns zu fühlen, und lassen der ohnmächtigen Proteste, auf die wir uns jetzt Gottes beschranken müssen.

Es ist weit mit uns gekommen, sehr weit. Die Regierung hat den Befehl gegeben, daß unsere Truppen sich unter keinen Umständen auf Feuergefechte mit den Franzosen einlassen dürfen, auch wenn sie von ihnen beschossen werden, und Generalleutnant Wenzler, der Nachfolger Ludendorffs, hat zurückgemeldet, daß dementsprechend verfahren werden würde. Ob diese Regelung den Nachdruck unserer Feinde etwas dämpfen wird? Man muß glauben, eher auf das Gegenteil. Alle deutschen Unterhändler, die jetzt mit den Franzosen in Berührung gekommen sind, berichten übereinstimmend über den ständigen Sach, den

sie bei ihnen gegen uns angetroffen haben und das ebenso bei den Führern wie bei einfachen Leuten. Keine Spur von Mitleid mit unserer wahrhaft erbarmungswürdigen Lage, noch weniger irgendwelches Interesse für die politischen Veränderungen, die sich bei uns zugetragen haben. Sie lassen nicht den geringsten Unterschied gelten zwischen dem kaiserlichen und dem revolutionären Deutschland, und auch der Vorwärts muß ausgeben, daß die französische Armee fest in der Hand ihrer Führer ist. Alle Anzeichen sprechen sogar dafür, daß sie jetzt erst recht gewonnenen Spiel zu haben glauben. So die Tatsache, daß sie die letzte Räumungsphase des Saarreviers mit seinen Kohlengruben einfach mit einbezogen haben, obwohl davon im Waffenstillstandsvertrage mit keinem Worte die Rede ist, weil das preussische und nicht lothringische Gebiet ist. Wir protestieren, laut und kläglich — aber wird es uns etwas helfen? Wir fürchten über Gewalt, da wir doch in Erwartung eines Rechtsfriedens uns an Wilson gewandt hatten. Aber wer hört heute auf unsere Stimme? Wer kann sagen, ob Wilson überhaupt Protesten einer Regierung Beachtung schenken wird, deren Gesetzmäßigkeit einzuweisen noch ganz und gar in der Luft steht? Ihre dringende Bitte um schleunigste Einleitung von Verhandlungen zur Herbeiführung eines Friedens hat er bis jetzt wenigstens völlig unbeachtet gelassen — obwohl ihm doch sicherlich bekannt ist, daß jeder Tag des Zögerns für uns eine Frage von Tod und Leben sein kann. Das deutsche Volk ist es, das sich jetzt in Schmerzen windet, das Volk, dem er gar nicht oft genug seine wohlwollende Teilnahme versichern konnte. Herr Wilson aber bleibt stumm wie das Grab, er, der sonst seiner Redseligkeit nur zu gern die Bälle schiefen ließ. Er überläßt uns den heißen Nachgefühlen der Franzosen, die er vielleicht immer noch für eine ritterliche Nation hält. Gnade uns Gott, wenn wir diese Ritterlichkeit noch über die Grenzen des Waffenstillstandsvertrages hinaus zu kosten bekommen sollten!

Aber eins soll und muß gesagt werden: die Bemühungen unserer Unterhändler, an Herz und Verstand der Franzosen zu appellieren in allen Ehren. Aber nun ist es genug der Bitten und Beschwörungen, übergenug Tragen wir lieber mit stummer Würde, was doch nicht mehr zu ändern ist, und ersparen wir der Welt ein Schauspiel, das die unsagbaren Qualen dieser Tage nur noch erhöhen muß.

Ende der Lebensmittelnot?

Ein schwebendes Ausrufen an die Entente.

Berlin, 25. November. Die von häufig gut unterrichteter Seite berichtet wird, scheint den energischen Protesten der erbitterten öffentlichen Meinung Deutschlands über die Fortsetzung der Hungerbedrohung jetzt doch ein gewisser Erfolg beschieden zu sein. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Lebensmittelversorgung Deutschlands auf Wilsons Anregung jetzt endlich praktische Maßnahmen getroffen werden.

Auch in Schweden machen sich die Strömungen in der Richtung hin bemerkbar, an deren Spitze die bekannte Schriftstellerin Ellen Key steht. Diese richtete an die Frauen der Entente einen Aufruf, worin sie verlangt, daß gemäß Aufgabe der Entente die hungernden Mütter und Kinder schnellstens gelindert würden.

oder besser in der Nacht, in der Sie mich rufen. Wir müssen also nach dieser Richtung wohl eine Verabredung treffen, falls es der Baroness nicht unangenehm ist, sich meiner Hilfe zu bedienen."

Wenn Herr Langford zu Ihnen Vertrauen hegt, sollen Sie mir als Helfer willkommen sein. Zunächst werden wir also die Befehle machen müssen. Das tun am zweckmäßigsten Sie."

Gnädiges Fräulein können ganz über mich verfügen. Aber wird es nicht vernünftiger sein, gnädiges Fräulein verachten selbst, die Kleidungsstücke und sonstigen Gegenstände zu beschaffen. Ich möchte nicht die Verantwortung tragen, wenn die von mir angeschafften Stücke nicht passen."

Ich bin zu aufgeregt und muß überdies noch einen langen, erklärenden Brief an meinen Schwager schreiben. Sie als Mann und Unbeteiligter sind viel klüger und ruhiger als ich. Verlangen Sie mir Größe 44. Es wird passen! Hier ist meine Börse. Bitte, nicht zu sparen. Ich werde in absehbarer Zeit, wenn alles glückt, kein englisches Geld mehr brauchen."

Atterley verbeugte sich.

Ich werde längstens in einer Stunde zurück sein. Dann können wir alles in Ruhe besprechen. Ich bin ja froh, daß ich Sie habe. Sie ahnen nicht, was heute alles auf mich eingeströmt ist. Mein Kopf ist wie ein Hämmerswerk."

Seien Sie fallblätzig und verraten Sie nichts, gnädiges Fräulein! Bedenken Sie, es könnte sein Tod sein! Ich muß eilen. Die Bäder werden sonst vorzeitig geschlossen."

Wilson's Versprechungen an Deutschland.

Berlin, 25. November. (Amtlich.)

Die deutsche Regierung hat bezüglich der Lebensmittelversorgung Deutschlands von dem amerikanischen Staatssekretär Lansing folgende Antwort erhalten:

In einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses vom 11. November hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der Verbündeten Regierungen in dem Obersten Kriegsrat in Versailles in einem einstimmig gefassten Beschluß den Völkern der Mittelmächte zugesagt hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen Mögliche getan werden solle, um sie mit Lebensmitteln zu versehen und um die traurige Not zu erleichtern, die an vielen Orten ihr Leben bedroht und daß sofort Schritte unternommen werden sollten, dieses Stillwerk in derselben Weise zu organisieren, wie dies im Falle Belgien geschehen sei. Der Präsident gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß es sich durch die Verwendung der brachliegenden Lomage der Mittelmächte alsdann ermöglichen lassen sollte, der bedrängten Bevölkerung der Mittelmächte die Furcht vor äußerstem Elend zu nehmen und ihr Gelegenheit zu geben, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte den großen und gefährlichen Aufgaben des politischen Neuaufbaues zu widmen, denen sie jetzt überall gegenübersteht.

In diesem Sinne beauftragt mich der Präsident zu erklären, daß er bereit ist, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln in gerechtem Sinne zu erwägen und diese Frage mit den verbündeten Regierungen sofort aufzunehmen. Voraussetzung dabei ist, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland die öffentliche Ordnung aufrechterhalten wird und auch weiterhin aufrechterhalten bleibt und daß eine gerechte Verteilung der Lebensmittel unabweisbar garantiert wird.

Der wesentliche Inhalt der Rede Wilsons war schon in kurzem Auszuge bekanntgeworden. Die Rote Kammer bringt die amtliche Bestätigung für die deutsche Regierung.

Erleichterungen für Ausfuhr nach Holland.

Amsterdam, 22. Nov. Die Ausfuhr von Waren, Ausrüstungen, Konsumwaren, Uhren, Spielwaren und Fahrzeugen aus Deutschland nach Holland ist gestattet. Erleichterungen für die Ausfuhr von Eisenwaren, Maschinen, Chemikalien und Textilprodukten aus Deutschland nach Holland sind demnächst zu erwarten.

Inländischer Postverkehr mit deutschen Grenzgebieten.

Berlin, 22. Nov. Die militärische Überwachung des inländischen Postverkehrs der deutschen Grenzgebiete ist allgem. aufgehoben worden. Alle Briefe — einschließlich der Werbepost und Postaufträge — nach Orten in Deutschland können daher in diesen Gebieten wieder verschlossen aufgegeben werden, desgleichen derartige Briefe nach den in den Besatzungsgebieten der Festungen Straßburg (El.) und Neufchâteau liegenden badischen Orten.

Freier Fernsprechverkehr mit Deutsch-Osterreich.

Berlin, 22. Nov. Allgemeiner Fernsprechverkehr mit Deutsch-Osterreich ist von jetzt ab wieder zugelassen. Die Abrechnungsbedingungen sind aufgehoben.

Frankfurt a. M. nur teilweise neutrale Zone.

Frankfurt a. M., 22. Nov. Die die Frankfurter Zeitung betreuende gewirte nach neuester Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen Frankfurt teilweise zum Bräutertopf-Raum und ist teilweise neutrale Zone.

Der Traum in friderland.

Roman von Justus Schöndel.

Nachdruck verboten

Endlich kam Marianna zurück.

"Es ist gut!" können Sie Herrn Langford sagen. ... Was, gestatten Sie die Frage: Sind Sie in alles gekommen? Wollen wir nicht hier eintreten?"

Sie öffnete die Tür zum Herrenzimmer.

"Allo, bitte, hier können Sie ganz frei reden."

"Ob ich in alles eingeweiht bin, weiß ich nicht, gnädige Baroness. Doch kenne ich Herrn Langfords Namen; ich kenne seine Pläne, und ich weiß, daß gnädige Fräulein, wenn das Stichwort 'es ist', fällt, ebenfalls den Boden Großbritanniens verlassen."

Ich Herr Langfords Führung anvertrauen will."

Ich weiß ich nicht. Die ganze Angelegenheit würde ich ändern als gerade Langford glauben. Von seinem geht ein so fleißiger Zug aus, daß auch ich mich ihm anvertrauen würde, und sollte die Reise nach Rom gehen."

Ein glückliches Leuchten stahl sich in Mariannens Gesicht.

"Ja, flehst, das ist das rechte Wort!" flüsterte sie ihm zu.

"Was mich persönlich betrifft", fuhr Atterley fort, "so ist es mir ein Vergnügen sein, dem gnädigen Fräulein zu dienen. Ich habe Herrn Langford versprochen, Sie nach Margate zu geleiten und zwar an dem Tage

Als Atterley mit seinen vielerlei Paketen vor dem Balast vorfuhr, schlug gerade eine nahe Lärmuhr acht. Der alte Granatopf verbarb mit Mühe sein Erstaunen, den letzten Gast abermals zu sehen.

In der großen Diele sah Marianna am Ramin und lächelte. Sie sprang auf, als Atterley kam.

"Sie sind pünktlich! Haben Sie alles?"

"Alles, gnädiges Fräulein. Darf ich mich jetzt empfehlen?" Ihm war zum Sterben übel.

"Um Gotteswillen, Sie müssen bei mir bleiben. Ich ... ich bin so aufgeregt. Ich begehre sicher irgend-

eine Dummheit."

"Aber, gnädiges Fräulein sind doch sonst die Ruhe und die Überlegung selbst!"

"Er konnte sich kaum aufrechterhalten vor Müdigkeit."

"Rein! Nein! Ich bin ganz aufgelöst. Ich bin nicht mehr ich selbst. Ich bin ... ich weiß selbst nicht, ich bin umgewandelt. Sie müssen bei mir bleiben und mich beruhigen, besser Atterley!"

Mit einer Härte und Entschlossenheit, die ihm niemand zugehört hätte, lehnte er ab: "Das ist ganz unmöglich!"

"Ach, Sie haben eine Verabredung? Die müssen Sie ablegen ... unbedingt!"

"Ich habe keine Verabredung, sondern bloß — Hunger."

Ich bin gewohnt, um sechs Uhr mein Dinner einzunehmen, und jetzt ist's reichlich zwei Stunden später. Ich werde trotzdem speisen und dann zurückkommen."

Fortsetzung folgt.

Für Reichseinheit und Nationalversammlung.

Die Beschlüsse der Reichskonferenz.

Berlin, 26. November.

Spät abends wurden gestern die Beratungen der im Reichskanzler-Palais zusammengetretenen Vertreter der deutschen Einzelstaaten beendet. Auf Vorschlag des Volksbeauftragten Ebert wurden zum Schluss folgende Beschlüsse als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entgegen im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die AEM die Repräsentanten des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schnellste Durchführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Die Nachmittags-Sitzung verlief im Gegensatz zur Versammlung, in der die Geister stark aufeinander gestossen waren, in ruhigerem Rahmen. Die Meinungen und Ausführungen verschiedener Redner in der wirtschaftlichen Aussprache machten erheblichen Eindruck. Der Staatssekretär des Ernährungsamts Baur legte die Schwierigkeiten der Ernährung dar. Staatssekretär Schiffer vom Reichsfinanzamt hob die Wichtigkeit geordneter staatsrechtlicher Verhältnisse für die Finanzwirtschaft hervor. Staatssekretär Dr. August Müller vom Reichswirtschaftsamt warnte dringend vor jedem Eingriff in unser Kreditwesen, da unbedingt finanzieller Zusammenbruch folgen werde.

Kein Eingriff in Finanz- und Kreditwesen.

Die Ausführungen dieser Redner überzeugten die Versammlung von der Notwendigkeit, alle etwa auftretenden zersetzenden Reaktionen in dieser Richtung zurückzudämmen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrechtzuerhalten, die ungehörige Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen und dem Ausland zu sichern und die deutsche Volkswirtschaft im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und auch in den bisherigen Formen unbedingt erforderlich. In Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die deutsche Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.

Dieser Beschluß kommt zur rechten Zeit, denn seit dem ersten Tage der Umwälzung kuckerten gerade in dieser Beziehung die hartnäckigsten und tatsächlich beunruhigendsten Gerüchte, denen nun der Boden abgegraben ist.

Aus den Verhandlungen.

Niemals scharf hob sich aus der Fülle der Diskussionsreden auf der Konferenz die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner hervor. Sein Angriff auf die Männer aus früheren Zeiten, auf Solz, Erberger usw., wurde von Volksgang Seine würdevollen, der betonte, die Entente sei gegen das deutsche Volk, nicht gegen einen einzelnen Unterhändler. Eisner erklärte, Clemenceau hat erst neulich erklärt, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gälten nicht dem deutschen Volk, sondern Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen, ihm müßten alle kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volksverrats angeklagt werden sollten. Solz, Erberger und ihre Gleichen seien für alle Zeiten erledigt. Im übrigen ist der bayerische Ministerpräsident für eine demokratische und soziale Politik der Regierung. Außerdem schlägt er die Einführung eines

provisorischen Präsidiums an Stelle des Bundesrats vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führt. Nur auf Grund dieser Vorschläge könnten die Abblösungsbestrebungen unterdrückt werden, die er bekämpfe, die aber in Bayern stärker als je wären. Staatssekretär Erberger erklärte in seiner Erwiderung auf die Angriffe Eisners aus, es müsse diesem bekannt sein, daß er, Erberger, so lange wie möglich für den Frieden gewirkt. Die Behauptung, jede für den Frieden hinderliche Verhinderung müsse beseitigt werden, passe ebenso gut auf Eisner, der sich auf Clemenceau berufe und nicht wisse, daß dessen Freundschaft Herrn Eisner nicht als Sozialist, sondern Herrn Eisner als Förderer der deutschen Einheit gelte. Mit politischen Nationalisten macht man keinen Frieden.

Der Vertreter Gotthard Wetters findet die Verteidigung seines erklärten, das Erberger'schen Standes auch seines Standes. Er sieht das Programm in der Frage: Ist uns der Frieden lieber als der Sozialismus? Wir müssen für Sozialisierung sein, selbst dann, wenn wir uns dadurch eine feindliche Beziehung zuziehen. Uns steht das Volk über dem sogenannten Vaterland und dem Volk kann nur der Sozialismus helfen. Livinski-Sachsen legt scharfe Verwarnung ein gegen die Zurückstellung der Sozialisierung, ebenso gegen eine etwa geplante Einschränkung der Befugnisse der AEM. Die Nationalversammlung könne ruhig noch vertagt werden, bis die Vorbereitungen für sie geschaffen seien.

Beigeordneter im Auswärtigen Amt Rautsky unterläßt Eisners Forderung einer Regierung, die vom Volkswillen getragen sei und keine kompromittierten Männer enthalte. Die Friedensbedingungen würden nicht so hart sein wie die Waffenstillstandsbedingungen. Er bedauert, daß die noch nicht festgenommenen seien, die durch die eben veröffentlichten

bayerischen Berichte

so schwer kompromittiert seien. Das würde dem Frieden wahrhaft dienen. Livinski-Sachsen sagt, das Reich muß bleiben, aber die Berliner Diktatur muß fallen. Man wolle nicht los von Berlin, verlange aber gemeinsames Arbeiten. Der Volksbeauftragte Barth erklärte die Nationalversammlung für notwendig, ebenso viele andere Vertreter. Eisner warnt vor der Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Zerrüttung.

Scheidemann spricht entschieden für die Nationalversammlung und tritt ferner der Ansicht Eisners bei, daß man im Augenblick der Zerrüttung nicht sozialisieren könne, wendet sich gegen ein Klassenparlament, wie es die Arbeiter- und Soldatenräte auf die Dauer wären, und nennt die technische Schwierigkeiten der Nationalversammlung lächerliche Zwänge.

Statt Wählerlisten könnten einfache Legitimationen für jeden Wähler dienen. Wir brauchen keine Wählerlisten, nur Legitimationen für jeden Wähler, die nach der Wahl abgestempelt würden, und für jede Partei eine Wählerliste für ganzes Reich. Stadnauer (Sachsen) schließt sich ihm an und nennt die Nationalversammlung eine Schicksalsfrage. Volksbeauftragter Haage hält die Schwierigkeiten der Wahl doch für größer und bittet, die einzelnen Nationalversammlungen in den Bundesstaaten zurückzustellen. Staatssekretär Schiffer entwickelt in der nun folgenden wirtschaftlichen Besprechung ein

Finanzprogramm der Zukunft.

In dem schärfsten Bekämpfung der Steuerhosen. Großkreditgewinnsteuer, Besteuerung des Mehrgewinns und Vermögensabgaben enthalten sind. Nachdem die oben mitgeteilten Beschlüsse gefaßt sind, spricht Ebert das Schlusswort, in dem er sagt: Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit. Sozialismus ist Arbeit! Er appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterschaft der Welt zeige, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbsttätigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Beschlüsse der heutigen Sitzung machen es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festigung in der Nationalversammlung zu schaffen.

Die kommende Wahl.

Die Entscheidung für die baldmöglichste Einberufung der konstituierenden Versammlung erfolgte fast einstimmig, nur der Delegierte von Gotha stimmte gegen die sofortige Einberufung, der Delegierte von Braunschweig überhand gegen die Nationalversammlung. Eisner knüpfte an seine Zustimmung das Verlangen auf Beachtung seiner Vorschläge.

Der Volksbeauftragte Ebert verteidigte noch die beiden angegriffenen Staatssekretäre Solz und Erberger. Dr. Solz sei als einziger Staatssekretär von Kriegsbeginn an für einen Verständigungsfrieden gewesen. Und ohne die Tag und Nacht währende Arbeit des Staatssekretärs Erberger hätte die Waffenstillstandskommission ihre Befehle nicht durchführen können.

Aus den Ausführungen des Volksbeauftragten Haage sind noch zu erwähnen seine Bemerkungen über die Rede des Vorsitzenden des Volksrates Richard Müller im Stiskus Bulsch. Wenn Müller erklärt habe: Nur über seine Leiche gehe der Weg zur Nationalversammlung, so habe er damit nur vor einer Überstürzung warnen wollen.

Bereits Dienstag vormittag beschäftigte sich ein Kabinettsrat der Volksbeauftragten mit dem Reichswahlgesetz, ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, doch soll der erste, von Scheidemann stammende Entwurf abgelehnt worden sein.

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Amsterdam, 26. November.

„Daily News“ melden, die Entente bereite die Lebensmittelversorgung Deutschlands vor. Die Einzelheiten seien einer besonderen Kommission in Paris übertragen. An die Versorgung seien aber Bedingungen geknüpft. Die Verteilung soll nach Bezirken erfolgen, und zwar nach dem jeweiligen Bedarf der verschiedenen Gebiete. Die Entente sei genau unterrichtet über die Lage der Dinge und könne beurteilen, was am dringendsten in Betracht komme. Zuerst werde man Getreide senden, dann Fleisch und Fett, aber in geringerer Quantität als Getreide. Deutschland werde an dritter Stelle vorrätig werden, zuerst würden die verbündeten Länder berücksichtigt, dann die Neutralen.

Der Stand unseres Rückmarsches.

Französische Übergriffe.

Die Hauptmassen des Westheeres überschreiten in vollem Fluß den Rhein. Um jede Störung zu vermeiden, sind Behelfsbrücken geschlagen worden, so unterhalb Düsseldorf, eine andere bei Bonn, eine weitere bei Ehrenbreitstein und eine bei Gumb über die Pfalz, demselben Weg, den Blücher in der Neujahrnacht 1814 in anderer Richtung gemacht hat.

Juden und Afrikaner in der Pfalz.

Die Franzosen sind allen Abmachungen entgegen in die südliche Pfalz eingerückt. In die Westpfalz marschierten indische und afrikanische Truppen englischer und französischer Nationalität ein. Gegen dies vorzeitige Eindringen in die Pfalz ist von der Waffenstillstandskommission Verwarnung eingelegt worden. Auch eine weitere Eigenmächtigkeit Frankreichs fordert unseren Protest heraus:

Spaa, 26. Nov. Die Waffenstillstandskommission hat energischen Einspruch gegen die von Frankreich angeordnete völlige Abschließung Elia-Lothringens gegen das übrige Deutschland erhoben, die zu den größten Unzulänglichkeiten führt.

Deutschland wird u. a. gefordert: Die sofortige Wiederherstellung des Personen- und Güterverkehrs auf der Eisenbahn, des Postbetriebs einschließlich Telegraf und Fernsprecher, des regelhaften gegenseitigen Bankverkehrs usw. Namentlich die Sperrung des Bankverkehrs hat schon zu großen Störungen bei der Lohnzahlung in Elia-Lothringen geführt.

Die Besetzung der Brückenköpfe.

Aber die Besetzung des Rheingebietes und der Brückenköpfe hat sich die Entente folgendermaßen geeinigt: Köln und seinen Brückenkopf werden Amerikaner besetzen, Koblenz und den Brückenkopf werden die Engländer erhalten und Mainz wird von den Franzosen besetzt. Die Italiener werden wahrscheinlich in der Pfalz oder aber im westlichen Rheinland in der Eifel untergebracht werden. In der neutralen Zone dürfen nur Polizeitruppen bleiben, über deren Höhe sich die Entente die Entscheidung vorbehalten hat. Alle anderen Truppen und Soldaten müssen aus der neutralen Zone zurückgezogen werden.

Die britischen Gefangenen in Deutschland.

Der englische Vertreter in Spaa hat eine sehr scharf gefaßte Erklärung seiner Regierung überreicht, wonach diese keinerlei Entschuldigung für die traurige Lage der britischen Kriegsgefangenen in Deutschland annehmen gedenkt, insbesondere könne sie auch nicht die Verurteilung auf die inneren Schwierigkeiten Deutschlands als eine solche Entschuldigung gelten lassen. Die verantwortlichen Personen würden zur Rechenschaft gezogen und die Bedingungen des Waffenstillstandes eventuell mit Gewalt durchgesetzt werden.

Internierung der Armee Madensens?

Nach Meldungen aus Ungarn verlangt der französische General Franchet d'Espèrey die Entlassung und Internierung der Armee Madensens, weil die Frist vom 19. November, die für Ungarn festgesetzt war, überschritten sei. Feldmarschall Madensens hält aber an dem Standpunkt fest, daß auch für seine Truppen der Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Entente maßgebend sei. Die schwierige Lage der ungarischen Regierung besteht darin, daß sie einerseits dem französischen Druck ausgesetzt ist, andererseits das Kohlenabkommen mit Deutschland gefährdet sieht, das eine Lebensfrage für Ungarn ist. Man nimmt an, daß es sich um einen Schachzug Frankreichs handelt, der in einer Weigerung Madensens einen Vorwand für die Erneuerung des Krieges mit Deutschland erblickt. Einstweilen ist die Forderung des französischen Marschalls nach Berlin weitergegeben worden.

Verschiedene Meldungen.

Landenberg a. d. W., 26. Nov. Zum Schutze gegen die Treibereien der Polen, die aus der Provinz Polen drängen, ist nach der Stadt Döbeln an der Ostbahn-Artillerie geschult worden.

Münster, 26. Nov. Hier sind die ersten bayerischen Truppen eingetroffen.

Paris, 26. Nov. In der französischen Kammer sollte die Regierung mit 257 gegen 140 Stimmen die Verurteilung der sofortigen Abtragung aller Territorialrechte durch die Verwendung von Truppen in Russland wurde nicht nur von den Sozialisten scharf getadelt.

Paris, 26. Nov. In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einer Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Dezember hinaus.

London, 26. Nov. Hier gibt man die Zahl der verlassenen englischen Schiffe während des deutschen Unterseebootkrieges auf durchschnittlich pro Monat 120 000 Tonnen an. Die englischen Seestreitkräfte verließen oder verließen 56 deutsche Unterseeboote im gleichen Zeitabschnitt.

Sébastopol, 26. Nov. Hier ist ein englisches Torpedoboot eingetroffen, dem die englische Flotte folgte. Riga, Odessa und Charkow werden von der Entente besetzt.

Kiew, 26. Nov. Die Entente hat den deutschen Geschützträger in Kiew wissen lassen, daß sie die Aufrechterhaltung der durch den Hetman geschaffenen Staatsordnung wünsche und die deutschen Truppen für verpflichtet erachte, die Ordnung und Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten.

Kiew, 26. Nov. In der ganzen Ukraine herrscht Ruhe, so daß man wegen der dortigen deutschen Truppen unbesorgt sein darf.

Washington, 26. Nov. Vater veröffentlicht eine Bekanntmachung, derzufolge das Kriegsministerium beabsichtige, die amerikanische Expeditionsmacht bis auf die Hälfte zu vermindern, so daß noch 30 Divisionen verbleiben werden.

Zeit- und Streiffragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Der umstrittene Staatssekretär Dr. Solz.

Nach dem Verlauf der Besprechungen der Vertreter der einzelnen Bundesstaaten, die Montag ihren Abschluß fanden, rechnet die Freiheit, das Organ der Unabhängigen, damit, daß der Staatssekretär Solz, dessen Haltung die schärfste Kritik der Versammelten herausforderte, in der allerhöchsten Zeit seinen Abschied einreichen wird. Dagegen hört man aus dem Auswärtigen Amt, die Behauptung, Dr. Solz trage sich mit Rückzugsgedanken, treffe nicht zu. Die Meinungsgegenstände seien nicht so tief gewesen, um einen solchen Schritt zu veranlassen.

Wo soll die Nationalversammlung tagen?

Von der bayerischen Regierung, deren Anschauungen in letzter Zeit so stark in den Vordergrund traten, wird der Germania zufolge darauf hingearbeitet, daß die Nationalversammlung nicht in Berlin zusammentritt, sondern in einer Stadt in der Provinz, wo noch Ruhe und Ordnung geherrscht hat. Dabei wurden Weimar und Bamberg genannt. Von anderer Seite wird lebhafteste Stimmung für Frankfurt a. M. gemacht, wobei die Erinnerungen an die „Deutsche Nationalversammlung“ von 1848 in der Paulskirche nicht ohne Einfluß sind.

Bier oder zehn deutsche Republiken.

Die Londoner „Daily News“ berichten über eine Unterredung, die der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner einem ihrer Mitarbeiter vor seiner Abreise nach Berlin zu Reichskonferenz gewährte. Eisner erklärte, er sei persönlich ein Vertreter der Ansicht, daß vier deutsche Republiken gegründet werden müssen. Der Süden muß ein Gegengewicht gegen Berlin und den Norden bilden. Die Bildung von vier deutschen Republiken mit gleichen Rechten würde das Gleichgewicht wiederherstellen. Es würden aus der einen entstehen: die Republiken Bayern, Deutsch-Ostpreußen und die vereinigten Staaten von Baden, Württemberg und Elsaß auf der anderen Seite Preußen. Eisner soll in der gleich oder einer ähnlichen Unterredung auch von drei preussischen Einzelrepubliken und von insgesamt zehn deutschen Republiken gesprochen haben.

Bethmann Hollweg will sich rechtfertigen.

Nach einer Mitteilung der Kreuzzeitung beabsichtigt der frühere Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg eine Rechtfertigung seiner Politik zu schreiben. Nach dem genannten Blatte waren Bethmann Hollweg und der frühere Staatssekretär v. Jagow am 2. November d. J. im Reichskanzlerhaus und beschäftigten sich mit der Sichtung des Materials.

Kohlennot und Streiks.

Bergarbeiterstreik. — Folgen des Kohlenman-

Große Arbeitseinstellungen in Berlin.

Berlin, 26. November.

Aus Ratibor und Hindenburg wird berichtet, daß die Bergarbeiterstreik in Oberschlesien größtenteils beendet seien. Im Auslande befinden sich noch die Bergschafften der Delbrück-Schächte bei Ratibor und bei Lubmischglück-Grube bei Wilschütz sowie der Anurong-Grube; die Einigungsverhandlungen werden jedoch in diesen Gruben fortgesetzt.

Die polnischen Bergleute verlangten, daß der Lohn von 25 Mark, der sich bisher auf den Neumarktag bezog, nunmehr für sechs Stunden bezahlt werde. Es hat sich aber gezeigt, daß es sich diesen Grubenarbeitern nicht nur um die Erhöhung der Bezahlung handelt, sondern es dreht sich in Oberschlesien um politische Motive, um eine von den Polen (auch von der polnischen Aristokratie) ausgehende Agitation gegen die Arbeit in den deutschen Zechen. Verschärft wird die Lage dadurch, daß die Gefangenen, die der Entente entkommen, den Verträgen gemäß unverzüglich entlassen werden müssen; aber auch die russischen Arbeiter, die freigegeben worden waren, verlangen die Verbesserung.

In Rheinland und Westfalen haben die Streiks der Bergarbeiter bedeutend an Umfang zugenommen. Die Bergarbeiter betragen gegenwärtig 10 000—11 000 Waggons gegen eine normale Verladung von 24 000 Waggons im Kriege und 32 000 Waggons im Frieden.

In Dresden verkehren infolge des Kohlenmangels in den städtischen Elektrizitätswerken die Straßenbahnen bis auf weiteres an allen Werktagen nur noch bis 3 Uhr nachmittags. An Sonntagen wird der Verkehr wie bisher aufrechterhalten. Die Verordnung bezieht sich nicht auf die staatlichen Vorortbahnen.

In Berlin haben die Verhandlungen der Kohlenhändler Groß-Berlin mit den Vertretern des Ministeriums des Innern, des Kriegsministeriums, des Kriegsammtes, des Kommandos, sowie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die erforderlichen Einschränkungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Groß-Berliner Gas- und Elektrizitätsversorgung noch nicht zu endgültigen Entscheidungen geführt. Weitere schonungslose Maßnahmen für die Bevölkerung werden

dem Rotenverband die Verkürzung der Arbeitsstunden auf 10 1/2 Uhr, die Öffnung der Lebensmittelläden (mit Ausnahme der Lebensmittel- und Rohstoffhandlungen) nicht vor 9 Uhr vormittags und deren Schluß um 5 Uhr nachmittags empfohlen werden. Ferner kommen die Einschränkungen der Straßenbeleuchtung und der „Lichtverschmutzung“ in den Privatwohnungen, Restaurants und Vergnügungsorten in Betracht. Gegen die Gasbeschränkungen machte sich eine starke Opposition bemerkbar, da diese Maßregel unter Umständen die Volkswirtschaften und andere wichtige Betriebe gefährden kann. Von einer Einschränkung des nächtlichen Straßen- und Hochbahnbetriebes wird im Interesse der Nachtarbeiter auf allen Gebieten abgesehen. Geplant ist ferner, den Unterricht in den Schulen erst um 8 1/2 Uhr vormittags beginnen zu lassen.

Wie der Vorsitzende des Volksrates des NSD in einer Sitzung vom 25. November bekanntgab, sind große Arbeitseinstellungen in Groß-Berlin eingeleitet und weiter zu erwarten. Der Grund ist in den wachsenden Gegensätzen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern zu suchen. Die in Frage kommenden Unternehmer haben ihre in den ersten Tagen der Revolution gemachten Zugeständnisse zum großen Teil zurückgezogen. Der Umwandlung der Afford- in Lohnarbeit und der Verkürzung der Arbeitszeit wird der größte Widerstand entgegenge-
setzt. Die Arbeiterchaft der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Berlin-Mariensfelde befindet sich seit vier Tagen im Streik. Mit den Arbeitern — etwa 2000 — haben auch die Beamten der Gesellschaft ihre Tätigkeit niedergelegt, so daß der gesamte Betrieb stillsteht. Die Arbeiter verlangen Abschaffung der Affordarbeit, an deren Stelle angemessene Tageslöhne treten soll. Die Angestellten fordern dementsprechende Revision ihrer Gehälter. Bei der Firma Siemens u. Halske in Berlin sind ähnliche Arbeiterbewegungen im Gange. Die Arbeiterchaft zahlreicher Berliner Großbetriebe dürfte diesem Beispiel weitgehend in den nächsten Tagen folgen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Aber das Ziel der französischen Politik gegen Deutschland ändert allmählich verschiedenes durch. Danach wünscht man in Frankreich die Verlegung des Schwerpunktes der deutschen Politik nach Süden, weshalb man dem Anschluß Deutsch-Osterreichs erst nach der Errichtung eines selbständigen Süddeutschlands und nur an dieses zustimmen will.

+ Ein Staatsmonopol für alle Schulbücher will der preussische Kultusminister Adolf Hoffmann einführen. Diese Bücher sollen unter Aufsicht des privaten Verlagsbuchhandels und der privaten Buchhandlungen von Staats wegen verlegt und gedruckt werden.

+ Das preussische Ministerium des Innern hat zur Beilegung überflüssiger Polizeiverordnungen die Provinzialbehörden angewiesen, sämtliche Polizeiverordnungen erneut auf ihre Zweckmäßigkeit, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Alle Verordnungen und Bestimmungen, die nach einer dieser drei Richtungen Bedenken erwecken, insbesondere also auch die veralteten, sollen beseitigt werden. Diese Anordnung wird voraussichtlich die Aufhebung einer größeren Zahl von Polizeiverordnungen zur Folge haben.

+ Einen Protest gegen die Schließung des bayerischen Landtags erlassen die bürgerlichen bayerischen Parteien. Sie erwarten von der bayerischen Regierung bestimmt, daß die provisorische Regierung den verfassungswidrigen Verzicht unterläßt, tiefgehende gesetzgeberische Handlungen einseitig vorzunehmen, zu denen die Mitwirkung der gesetzlichen Volksvertretung notwendig ist.

+ Mit der Lebensmittelausfuhr aus Posen hat sich der „Polnische Volksrat“ in Posen befaßt und einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in der es heißt: Um zu vermeiden, daß die Lebensmittelversorgung der großen Städte gefährdet wird, fordern wir alle zur Ablieferung sämtlicher Lebensmittel auf, bis wir Gegenteiliges fordern. Die Lieferungen sollen nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 26. Nov. Der Rat der Reichsbeauftragten ist heute zur Beratung über das Reichswahlgesetz zusammengetreten.

Berlin, 26. Nov. Der preussische Justizminister Spahn hat seine Entlassung eingereicht. Seine Nachfolger werden Rosenfeld und Heine sein.

Berlin, 26. Nov. Der erste Zug mit den Mitgliedern unserer Generalkonsulate in Moskau und Petersburg ist hier eingetroffen.

München, 26. Nov. Dem verhafteten aber wieder freigelassenen General Krafft v. Dellmensingen wird zum Honorar gemacht, daß er von der Generalkommission „zwei Divisionen aber keine Truppen“ zur Unterdrückung der Revolution in München verlangt habe.

Gießen, 26. Nov. Der Landtagsabgeordnete Barth veranlaßt gegenwärtig an verschiedenen Orten der hiesigen Verammlungen unter den Wenden, in denen zur Gründung eines selbständigen Wendenstaates aufgerufen wird.

Breslau, 26. Nov. In einer Versammlung zahlreicher Offiziere wurde die Gründung eines „Sächsischen Offiziersbundes“ beschlossen, dessen Ziel in der Fürsorge für alle Offiziersangehörigen und Witwen und Waisen der Soldaten besteht.

Budapest, 26. Nov. Der ungarische katholische Episkopat richtet an den Ministerpräsidenten ein Schreiben, in dem er erklärt, daß die Kirche zur Bewahrung der demokratischen Verfassungsform ihren hierzu geeigneten Grundbesitz der Regierung zur Verfügung stelle.

Genf, 26. Nov. Das „Echo de Paris“ will aus unzuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Verhandlungen für den Bräutigamfrieden erst im Januar beginnen werden. Die Unterzeichnung des Protokolls sei kaum vor Ende Februar möglich.

London, 26. Nov. Der König hat die Proklamations zur Auflösung des Parlamentes unterzeichnet.

Washington, 26. Nov. Die Wahlkampagne Mr. General Harding zum Präsidenten der Vereinigten Staaten im Jahre 1920 ist formell mit der Bildung eines republikanischen „Winning-Vereins“ eröffnet worden.

Öff. Dienst.

Stadt- und Korrespondenz-Meldungen

Vertreter der Militärien in Berlin.

Berlin, 26. Nov. Über die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission vom 24. d. Mts. wird noch gemeldet: Zur beiderseitigen Regelung der Gefangenentfrage luden die deutschen Vertreter die Vertreter der Militärien zu Verhandlungen nach Berlin ein. Die Einladung wurde angenommen. Vertreter Frankreichs, Englands und Amerikas

sollen in einigen Tagen in Berlin eintreffen. Der französische Vertreter wird vorher in Spa mit den Gefangenentkommissionen Verhandlung nehmen.

Der Reichstag besteht nicht mehr!

Berlin, 26. Nov. Die von anderer Seite veröffentlichte Mitteilung, daß die Reichsregierung den Reichstagspräsidenten Freytag ersucht habe, sofort den Reichstag einzuberufen, entspricht nicht den Tatsachen. Die Regierung vertritt vielmehr den Standpunkt, daß der Reichstag als gesetzgebende Körperschaft nicht mehr besteht.

Deeregruppe Radens gegen Volkseigenen.

Berlin, 26. Nov. Vom Oberkommando Scholz ging ein Funkpruch an den Soldatenrat Berlin hier ein, der meldet, daß sich aus den einzelnen Truppenteilen der Armee Radens ein Zentral-Soldatenrat für die Südfront gebildet habe. Die Soldatenräte der Armee Radens stehen auf dem Boden der neuen Regierung, verurteilen aber jede radikale Bewegung für bolschewistische Ideen. — Bei der Deeregruppe Radens befinden sich auch die Truppen der 11. Armee und die aus der Türkei heimkehrenden Soldaten einschließlich der 15. Landwehr-Division.

Vom Rückzug der vierten Armee.

Duisburg, 26. Nov. Es sind in fester Formation etwa 85000 Mann durchziehender Truppen der 4. Armee in diesen Tagen zu erwarten, die überwiegend über Homberg-Kuhrort-Meiderich-Oberhausen marschieren werden. Die übrigen Teile der 500000 Mann starken 4. Armee werden über Düsseldorf auf die Hauptstraßen geleitet. Das Ziel ist Westfalen, wo die Armee sich verteilt und demobilisiert.

Die Räumung Mauthausen.

Wien, 26. Nov. Wie nach der römischen Volkszeitung von österreichischer Seite mitgeteilt wird, werden die letzten deutschen Truppen morgen Mauthausen verlassen. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bleiben bis zum letzten Augenblicke die sämtlichen Waffen mit den nötigen Kleibern in Bereitschaft. Unterdessen wagt sich der ungeheure Strom der zurückkehrenden Truppen durch die rheinischen Städte und die Eisenbahnen, überall musterhafte Ordnung bewachend.

Gefechte zwischen Deutschen und Rumänen.

Budapest, 26. Nov. Die rumänische Armee wird die 26. Komitete, auf die Rumänen Anspruch zu haben erklärt, mit Zustimmung der Entente besetzen. Der Vormarsch hat bereits begonnen. Er steht jedoch auf Schwierigkeiten, da die Mauthausen-Armee mit 18000 Mann die vordringenden Rumänen aufhält. Es haben bereits Gefechte zwischen rumänischen und deutschen Truppen stattgefunden.

Rumänen will Siebenbürgen erobern.

Budapest, 26. Nov. Aus Klausenburg wird gemeldet, der König von Rumänien habe seine Truppen zur Eroberung Siebenbürgens aufgeföhrt. Die Mobilisierung der ganzen Armee sei im Zuge.

Französische Angriffe gegen Foch.

Genf, 26. Nov. In Frankreich werden heftige Angriffe gegen Marshall Foch laut, weil er die Frage der Demobilisierung nicht lösen könne und die Angelegenheit durch allerlei Vorwände verzögere.

Österreichische Kohlen für Italien.

Triest, 26. Nov. Italien hat von Frankreich östliche Kohle erbeten. (Wohl aus dem Saarrevier.) Wie es heißt, soll Italien 100 000 Tonnen erhalten.

Skandal in der italienischen Kammer.

Lugano, 26. Nov. In der italienischen Kammer kam es zu den heftigsten Skandalen. Den Anlaß dazu boten von den sozialistischen Parteien gegen die Sozialisten geleiteten Beschuldigungen. Diese protestierten mit großer Entrüstung unter unbedingtem Lärm.

General Verhling amerikanischer Präsidentschaftskandidat.

Columbus (Ohio), 26. Nov. In Ohio wurde amtlich der Wahlkampf für die Wahl des General Verhling, des kommandierenden Generals der Armee in Europa, zum Präsidentschen der Vereinigten Staaten für das Jahr 1920 eröffnet.

Änderung in der Wiener deutschen Gesandtschaft.

Wien, 26. Nov. Es wird angenommen, daß Veränderungen bei der hiesigen deutschen Vertretung bevorstehen. Man glaubt aber, daß der bisherige Botschafter Graf Wedel bleiben werde.

Der Deserteur Rignel von Braganza.

Triest, 26. Nov. Herzog Rignel von Braganza, der in der österreichischen Armee die Stelle eines Feldmarschallleutnants bekleidete, wurde in Turin verhaftet und als Deserteur ausgestellt.

Die Hamburger Wertpapierbörse geöffnet.

Hamburg, 26. Nov. Der Vorstand der Wertpapierbörse hat den Antrag auf Schließung der Börse, nachdem Berlin und Frankfurt a. M. nicht zustimmen, ebenfalls abgelehnt.

Zusammenstöße wegen der Fahren in Kassel.

Kassel, 26. Nov. Der Zentral-NSD warnt in einem Aufruf angesichts unheimlicher Vorgänge vor Verleumdungen der roten Fahne, die unwahrscheinlich geahndet werden müssen. In den Aufruf wird berichtet, daß drei Offiziere von einem Truppbogen heute früh zwei rote Fahnen herabstießen, um sie zu vernichten. Einer der Offiziere, Leutnant Prager, schied auf dem Felde der Ehre, während er selbst tödlich verwundet wurde. Die Mitwirkenden Rottke und der dritte Offizier wurden verhaftet.

Lozales und Provinzialles.

Westfalen für den 28. November.

1. Ausg.	7 1/2	2. Ausg.	2 1/2
3. Ausg.	8 1/2	4. Ausg.	1 1/2

1890 Komponist Anton Rubinstein geb. — 1851 Wasserbillerhäger Bingen Brückner gest. — 1869 Schriftsteller Washington Irving gest. — 1898 Dichter Konrad Ferdinand Meyer gest. — 1916 Dichter Emil Verhaeren gest.

□ Sparanleihe mit Lebensmitteln nach wie vor. Die Hoffnungen, daß von den gegnerischen Mächten die dringende Notlage Deutschlands, der Mangel an Lebensmitteln, berücksichtigt werden wird, ist in den letzten Tagen einigermaßen gestiegen. Ob allerdings den Versprechungen nun auch bald Taten folgen werden, bleibt zweifelhaft. Noch besteht die Blockade, die Absperrung Deutschlands von der Lebensmittelfuhr. Noch wissen wir nicht, in welchen Mengen und zu welcher Zeit die Entente uns Lebensmittel liefern wird, wie sich die Transportmöglichkeiten gestalten werden, auch wissen wir noch nicht, wie groß mit dem Fortgange der Demobilisierung der deutsche Bedarf an Lebensmitteln sein wird. Jedenfalls ist für die nächsten Monate eine Erleichterung noch nicht zu erwarten. Es könnte deshalb zu großen Gefahren führen, wenn sich einzelne Bevölkerungskreise im Verbrauche der Lebensmittel zu Sorglosigkeit oder Verschwendung verleiten ließen. Nach wie vor ist äußerste Sparsamkeit mit den Lebensmitteln und strengste Durchführung der Bieferpflicht wie der Rationierung notwendig, um Stadt und Land vor Hunger und ihren unheilbaren Folgen zu schützen.

* Hausflachtungen müssen nach einer Verfügung des Reichswehrministeriums bis zum 31. Dezember d. J. beendet sein. Nach diesem Termin wird die Erlaubnis zu Hausflachtungen nicht mehr erteilt. Diese Maßregel ist mit Rücksicht auf die Getreide- und Kartoffelversorgung der Bevölkerung erfolgt.

* Die Einführung der Einheitskarte ist vom Magistrat der Stadt Frankfurt ab 1. April 1919 beschlossen worden. Frankfurt ist also die erste Stadt, die die Einheitskarte einführen will.

* Einquartierung. Die hier gekerkerten einquartierten Soldaten, welche von Rheins mittels Schiff nach hier befördert wurden, mahlen, kaum hier untergebracht, nach Niederlahnstein weitermarschieren. Heute kommen hier 1 Divisionsstab und 1 Infanteriebataillon, insgesamt 1 General, 40 Offiziere, 660 Mann und circa 100 Pferde zur Unterbringung.

* Die Besatzungstruppen. Es steht nun ziemlich fest, daß die Engländer Köln, die Amerikaner Coblenz und die Franzosen Mainz besetzen werden. Danach wird wohl unsere Stadt ebenfalls amerikanische Besatzung erhalten.

* Wichtig für die Räumten! Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß alle Leute, die einen Pakzettel haben, nach welchem sie zwecks Arbeitsaufnahme entlassen und bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vom Heeresdienst befreit waren, nunmehr als entlassen gelten. Es ist also nicht mehr erforderlich, daß sie diese Leute nochmals beim Regimentskommando oder bei der Wehrstelle abmelden, um einen Entlassungsschein zu erlangen.

Statt jeder besondern Anzeige.

Dem Allmächtigen hat es gefallen am 26. d. M., abends 9 Uhr unsere liebe Schwester

Hedwig

zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten:

Die Geschwister Busse.

Ausquartierung.

Es finden hier mehrfach Ausquartierungen von Mannschaften statt; hiergegen ist zwar nichts einzuwenden; es wird aber ausdrücklich bemerkt, daß diejenigen Einwohner, welche die ausquartierten Leute übernehmen, diese Leute auf die eigene Einquartierung nicht angerechnet bekommen.

Der Bürgermeister.

* Die Kriegs-Familien-Unterstützungsgelder für 1. bis 15. Dezember 1918 werden am Montag, den 2. Dez. 1918, vormittags von 8.30—12 Uhr ausbezahlt. Braunbach, den 29. Nov. 1918. Die Stadtkasse.

Diebstahl.

Am Mittwoch, den 4. Dez., findet eine Diebstahl für sämtliche Vieh (auch Kammern und Geflügel) statt.

Die Einwohnerschaft wird gebeten, den Jägern durch bereitwillige, richtige Angaben die Arbeit erleichtern zu helfen. Der Bürgermeister.

Waffenablieferung.

Sämtliche im Privatbesitz befindliche Schuß-, Stich- und Stichwaffen sind am Dienstag, den 3. d. Mts., nachmittags von 2—4 Uhr zur Aufbewahrung in der W. Kasse im Rathaus abzuliefern.

An jeder Waffe ist in halbarem Zustande ein Zettel zu befestigen, auf dem der Name und die Wohnstraße des Eigentümers stehen.

Es macht darauf aufmerksam, daß sich derjenige, in dessen Besitz bei etwaiger Hausdurchsuchung durch feindliche Truppen Waffen oder dergleichen Art vorfinden, schweren Strafen aussetzt.

Der Bürgermeister.

Bärenkinder.

Der Bärenkinder wegen begangen die Bärenkinder morgens um 8.30 Uhr nachmittags ist nun in dringenden Maßnahmen/Allen Speckkinder.

Der Magistrat.

Arbeiter gesucht.

Tagewerk Thomas, Martinsmühle.

Wegen Sterbefall zu verkaufen.

Ein Geprod, mehrere Herrenanzüge (mittlere Figur), Schuhe Nr. 42, Kragen, Manschetten, Vorhemden. Zahnsteiners. 51 part.

Wetterbericht.

Einmal kälter, meist trübe, noch vereinzelte Regenschauer Niederschlag 5,8 Millim.

Amtliche Bekanntmachungen der k. k. Hof- und Landes-Verwaltung.

Fleisch-Verkauf

am Freitag den 2. d. M. 1898. 10 Uhr Vorm. beim Weggarten. Borsig
 „Samstag“ 2. d. M. 1898. 10 Uhr
 „Freitag“ 2. d. M. 1898. 10 Uhr
 „Samstag“ 2. d. M. 1898. 10 Uhr
 Jeder Fleisch, welches in den angegebenen Zeiten nicht
 abgeholt wird, anderweitig veräußert.
 Wien, 28. Nov. 1898. Die Hof-Verwaltung

Am Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 4 Uhr
 hält der O. B. und Weinbau Inspektor der Landwirtschafts-
 kammer Herr Schilling im Saale „Rheinberg“ ein Vortrag
 über das Thema:

„Was muß der Weingutsbesitzer und
 Winger von dem neuen Weinsteuergesetz und
 dessen Durchführung wissen?“

Zu zahlreicher Beteiligung ladet freundlich ein.
 Der Bürgermeister.

Gewerkschaften

Conkordgeschirr

— vorzüglich zum Kochen von Obst —
 neu angekommen

Gg. Ph. Clos.

Trische

Rundöfen

in verschiedenen Größen empfiehlt

Julius Rüping.

Neue Kalender

für 1910

welche auch in diesem Jahre mit in ganz beschränkter Zahl
 ausgeht, weshalb frühzeitige Anschaffung empfohlen wird.
 Sie sind hier angekommen:

Abreißkalender

in verschiedenen Größen.

Köbnerkalender

Kalendergebäude mit Verzeichnis aller Märkte
 und Messen.

Buchhandlung Lemb.

Der beste Glasöffner für Konserven-
 Gläser ist

„Buk.“

Sie haben bei

Georg Philipp Clos.

Gesellschafts- spiele und Bilderbücher

neu eingetroffen.

Buchhandlung LEMB.

Zum Abfüttern von Pelzen

empfiehlt

einfarbigen und
gemusterten Satin

in reicher Auswahl und allerbeste Ware.

R. Neuhans.

Zum Säckeliden
 empfiehlt

Geldgarn

per Meter 1.6 Mks.
 Rud. Neuhans.

Gelochte

Stuhlsitze

— Preisverhältnisse —
 zu haben bei
 Julius Rüping.

Bohnerwachs

effektiv
 Chr. Wieghardt.

Briefpapier

— neue Sendung —
 in Mappchen und
 Passetten
 empfiehlt preiswert
 Papiergeschäft Lemb.

Viehmarktkörbe
 und Kaninchen-
 Futterkörbe

empfiehlt
 Julius Rüping.

Kaffeebrenner

in reicher Auswahl ange-
 kommen.
 Gg. Ph. Clos.

Wäschekammern und
 verzinkte Wäsche-
 drahtseile

zu haben bei
 Julius Rüping.

Handarbeiten

in großer Auswahl eingetroffen.
 Sämtliche Sorten wie:
 Strickseide, Perlgarn,
 Chenille, Gespinnte
 in vielen Sorten vorrätig.
 R. Neuhans.

Taschenlampen-
 Batterien

sind wieder frisch eingetroffen.
 Julius Rüping.

Damenkragen

reiche Auswahl — billige Preise
 bei Geschm. Schumacher.

Kartoffel-
 Drahtkörbe

empfiehlt
 Jul. Rüping.

Spielkarten

neu eingetroffen.
 M. Gersch.

Viehfutter-
 quetschen

empfiehlt
 Julius Rüping.

Fussbodenlack

in verschiedenen Farben
 wieder eingetroffen

Chr. Wieghardt.

Sauberes Mädchen
 oder Frau

Haarwäsche oder dauernd ge-
 färbt.

Hassauer Hof.

Zur Hausflachtung
 empfiehlt

Hanfzordel

per Meter 1.6 Mks.
 Rud. Neuhans.

Pelze

für Damen und
 Kinder

in schöner Auswahl und guter
 Ware eingetroffen.
 R. Neuhans.

Gesangbücher

neu eingetroffen.

A. Lemb.

Einmach-
 ständer

in allen Größen wieder
 vorrätig.

Chr. Wieghardt.

Gerren- und
 Anabenmützen,

auch Wintermützen
 in reicher Auswahl eingetroffen.

R. Neuhans.

Torfstren,
 Raitit

neu am Lager
 Chr. Wieghardt.

Küchenwagen

(Tellerwagen)
 und alle anderen gerichte

Tafel-
 Dezimal- und
 Balkenwagen

neu angekommen.
 Gg. Ph. Clos.

Emaillierte
 Kochtöpfe

neu angekommen
 Gg. Ph. Clos.

Schneetücher,
 50 mal 50 cm, Qual. 1, weiß,
 sehr saugfähig. Probedyd. M.
 19. — franko.

Handtücher,
 Qual. 1 f. weiß, gut, weich.
 50 mal 100 cm Probedyd.
 M. 88, franko. Qualität 2
 42 mal 100 cm, Probedyd.
 M. 26,55 franko. Mindestab-
 gabe je 1 Dbd. größere Posten
 billiger.

August Meitig, Dissen R.

Vergeltan-Lassen,
 Kaffeefervice,
 Waschgarnituren,
 flache und tiefe Teller
 wieder neu eingetroffen

Chr. Wieghardt.

Gute Stärke

empfiehlt
 Jean Engel.

Johns Volldampf-

Waschmaschine

— bewährte Maschine der Gegenwart —

(kostet bis zu 75 Mks. an Zeit, Stoff und
 Brennstoffmaterial.)

Gg. Phil. Clos.

Wasch-
 maschinen,
 Waschemangel

eingetroffen

Chr. Wieghardt.

Als praktische Neuheit
 zum Ausbleichen der Wäsche empfiehlt

fertige Hemden- und
 Hosen-Massen.

Rud. Neuhans.

REX-

Einkochapparate

Konservengläser, Geleegläser und
 Gummiringe

in allen Größen sind zu haben bei
 Gg. Ph. Clos.

Knochenkraft

bewährt sich als wirksame Unterstützung des jungen
 Bälber, Säuglings und Ferkel
 und erhöht die
 Freßlust der jungen Tiere.

Wiederverkauf für Brandach bei
 Jean Engel

„Kieffer“

Einkoch-Apparate und
 Konserven-Gläser

sind die Besten!

Wiederverkauf für Brandach und Umgebung:
 Julius Rüping.

Fleischto

zur Herstellung des Fleischbrotens. Riecht nach Kaffee.
 per Paket 50 Mks.

empfehlen
 Jean Engel.

Packpapier

empfiehlt
 A. Lemb.

Felsen-
 Randkessel

aus Stahlblech, emailliert, völlig unglücklich, beste Garantie für
 Haltbarkeit bei sorgfältiger Behandlung, zu haben
 in allen Größen
 bei
 Georg Philipp Clos.